

Peter Ullrich, Anja Lê

Bilder der Überwachungskritik

Article, Published version

This version is available at <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:83-opus4-72766>.



Suggested Citation

Ullrich, Peter; Lê, Anja: Bilder der Überwachungskritik. - In: Kriminologisches Journal : Krim J. - ISSN: 0341-1966 (print). - 43 (2011), 2. - S. 112-130.

Terms of Use

German Copyright applies. A non-exclusive, nontransferable and limited right to use is granted. This document is intended solely for personal, non-commercial use.

Peter Ullrich, Anja Lê

Bilder der Überwachungskritik

Images of surveillance critique

Der Aufsatz untersucht einige grundlegende Merkmale der aktuellen überwachungskritischen Proteste. Das geschieht durch die exemplarische Analyse von visuellen und sprachlichen Bildern dieser Protestbewegung. Dabei zeigt sich eine Spaltungslinie zwischen einem bürgerrechtsorientierten und einem link(sradikal)en Pol des Protests. Übergreifend ist die Fokussierung auf staatliche Überwachung auffallend, oft ohne dass die Kritik selbst den staatlichen Referenzrahmen verlässt. Problematische Kontextualisierungen von Überwachung werden insbesondere in den vielfältigen Bezugnahmen der Überwachungskritik auf Nationalsozialismus und DDR/Stasi gesehen. Die Autorinnen plädieren für einen reflexiven Umgang mit der Protestbildproduktion, der sich bewusst macht, dass (strategische) Intention, Expressionsfunktion und Rezeptionsweisen oft weit auseinanderklaffen können.

Schlüsselwörter: Überwachung, Überwachungskritik, soziale Bewegungen, Bildanalyse, BRD

The authors analyse several characteristics of current protests against surveillance in Germany and the fragmentation of the movement. This political analysis is primarily conducted through an exemplary examination of the movement's slogans, symbols, metaphors, and visual images. A main political cleavage, the authors show, divides a liberal current and a radical/left current. Unifying is the strong focus on state surveillance. Yet, the critique itself often does not transcend this statist framework. The pictorial contextualisation of today's surveillance is regarded as highly ambivalent, especially because of its manifold references to Germany's Nazi and Stasi past. The authors advocate a self-reflexive handling of the metaphors and imagery within the protest movement. The divergence of the (strategic) intention, the expressive function and the multi-faceted reception of the images, they argue, should become obvious.

Keywords: surveillance, criticism of surveillance, social movements, picture analysis, Germany, artveillance

Der Herbst 2008 förderte eine interessante Entwicklung zutage. Zum ersten Mal seit vielen Jahren wurde wieder eine Protestbewegung wahrnehmbar, die sich gegen Überwachung und Kontrolle wandte. Mit der bundesweiten Demonstration unter dem Motto „Freiheit statt Angst“ in Berlin und ihren Wiederholungen in den Folgejahren, die sich insbesondere an der Vorratsdatenspeicherung entzündet hatten, waren Datenschutz und Überwachungskritik wieder öffentlichkeitswirksame Protestthemen geworden. „Etablierte“ überwachungskritische Aktivistinnen¹ fanden sich in einer ungewohnten Koalition mit einer neuen Protestgeneration wieder, welche sich zu einem großen Teil aus sehr jungen Menschen zusammensetzte, die durch ihre Internet- und Computeraffinität mit dem Thema in Berührung gekommen waren, also über völlig neuartige Politisierungshintergründe verfügten. Diese Situation provozierte Auseinandersetzungen über die Art und Weise des Protestes, über die anzustrebenden Ziele und die möglichen Bündniskonstellationen.

In diesem Beitrag sollen einige grundlegende Merkmale der aktuellen überwachungskritischen Protestbewegung und auch die innere Fragmentierung des diese tragenden politischen Spektrums betrachtet werden. Das soll durch die Analyse der Inhalte, Handlungsstrategien und ganz besonders einiger visueller und sprachlicher Bilder erfolgen, mit denen sich die ‚Überwachungskritik 2.0‘ darstellt und ihre Anliegen zu vermitteln sucht. Bilder gehören zu den wichtigsten Medien zum Transport politischer Aussagen und dienen in ihrer Unmittelbarkeit und Prägnanz dazu, politische Wirklichkeit mit zu gestalten. Und sie dienen, dies gilt gerade für Protestbilder, dazu, das Unsichtbare (wie beispielsweise Überwachungsmechanismen) sichtbar zu machen (Münkler 2009: 8). Die noch junge Bildwissenschaft behauptet, dass wir in einer „visual culture“ (Heywood/Sandywell 1999) leben. Bilder sind zumindest in der überwachungskritischen Bewegung ubiquitär, sie erscheinen als Symbole, Plakate, Banner, Fahnen, Aufkleber, Logos, Karikaturen, Körperbemalungen, Installationen, Inszenierungen und Fotos, mal als Hauptmedium der Protestkommunikation und mal als begleitendes Gestaltungselement von Text. „Die Macht des Bildes“ darf damit auch und gerade in der Politik nicht geringgeschätzt werden (Frey 1999). Trotz dieser Allgegenwart in der politischen Kommunikation sind sie seltener als textförmige Inhalte Gegenstand reflexiver Auseinandersetzungen. Gleiches gilt für die wissenschaftliche Thematisierung, die für sprachliche Bilder eine deutlich längere Tradition der Analyse hat (vgl. Opp de Hipt/Latniak 1991; Jäger 1999). Nur im Falle von Skandalen, etwa beim Streit um die Mohammed-Karikaturen der dänischen Zeitung Jyllands-Posten oder um die in gewerkschaftlichem Kontext verwendeten Heuschreckenmetaphern, stehen auch visuelle Bilder explizit im Zentrum der politischen Auseinandersetzung.

1 Der Einfachheit halber wird bei Personenbezeichnungen nur die weibliche Form verwendet. Männer fühlen sich bitte mitgemeint.

Auch die Protestforschung hat sich bisher eher am Rand mit Bildern befasst.² Dabei könnte die Reflexion ihrer Bildproduktion gerade für die Protestbewegungen von großem Interesse sein, weil sich dadurch eine bessere Integration oft schwer vermittelbarer Sinnebenen ermöglichen ließe. Erstens haben Protestbilder eine *strategische Funktion*. Sie werden bewusst (aber nicht immer reflektiert) eingesetzt, etwa um Probleme zu veranschaulichen, zu dramatisieren, dabei Authentizität zu erzeugen und schließlich zu Empörung oder aktivem Handeln zu mobilisieren (Fahlenbrach 2002: 142). Bilder des Protestes haben zweitens eine *expressive Funktion*. Sie geben Auskunft über die Protestierenden und ihre Weltsichten, also über die Möglichkeiten und Begrenzungen bewegungsinterner Diskurse.³ Visibilität fungiert dabei auch als ein Mittel der internen Distinktion (Münkler 2009: 8). In gewissem Sinne unabhängig davon funktioniert, drittens, die *Rezeption* (und weiterführend die mediale Repräsentation, Fahlenbrach 2002: 132). Bilder sind „Zeichen, deren Bedeutung sich aus dem Wechselspiel von Blicken und Trägern ergeben“ (Drechsel 2005: 36). Erst bei der Rezeption entstehen die Bedeutungen, die Bestandteil der öffentlichen Auseinandersetzung sind, jedoch nicht in Abhängigkeit von den Intentionen der Produzentinnen, sondern von den Kontexten der Präsentation und den Betrachterinnen (deren Vorwissen Interpretationsmöglichkeiten ermöglicht *und* begrenzt). Bildanalysen bieten somit einen Reflexionsraum für Produzentinnen wie Rezipientinnen. Den einen gestatten sie eine Einsicht in die Schwierigkeit, die Rezeption zu beeinflussen sowie in die Rückkopplungseffekte der eigenen Bildproduktion. Den anderen geben sie die Möglichkeit, über die Scheinevidenz des ersten Eindrucks hinaus zu gelangen.

Dieser Beitrag ist jedoch nicht das Ergebnis systematischer Forschungen. Er soll vielmehr als Versuch einer kritischen Beobachtung und Reflexion verstanden werden, der Anregungen für die Auseinandersetzung mit den Protestbildern und ihrer Bewegung liefern, Kontingenzen aufzeigen und alternative Sichtweisen andenken möchte. Wir begreifen uns dabei als wissenschaftliche Beobachterinnen zweiter Ordnung wie auch als Engagierte, die dem Grundanliegen des Protests mit Sympathie gegenüberstehen. Der

2 Die Ausnahmen sind Fahlenbrach (2002), Mattoni/Doerr (2007) und einige Beiträge in Schönberger/Sutter (2009), die sich mit der Geschichte einiger Bildträger des Protests befassen, sowie die Bände über Bewegungsplakate von HSK 13 (1999; 2001).

3 Die Trennung zwischen Strategie und Expressivität ist nur eine heuristische. Wie wissenssoziologische Ansätze verdeutlichen, bleibt auch strategisches Protesthandeln nicht ohne Folgen für die Identitätsbildung (Ullrich 2008: 21ff., 303ff.; 2010: 79); eine klare Trennung von strategischen und identitären Anteilen der Wissensproduktion ist gerade für soziale Bewegungen kaum einleuchtend. Genau diese Trennung nimmt aber ein großer Teil der Protestforschung vor, der sich im Framing-Ansatz zwar mit Inhalten oder ‚Wissen‘ von sozialen Bewegungen befasst, sich für diese aber nur unter der strategischen Perspektive des Erfolgs oder Misserfolgs bestimmter Deutungsprozesse interessiert. Eine systematische Reflexion der Möglichkeitsbedingungen von Bewegungswissen im Diskurs und der interaktionistischen Konstruktion in der politischen Alltagspraxis findet kaum statt.

Beitrag ist daher ebenso aktuelle politische Analyse wie ein Plädoyer für einen anderen (wissensoziologisch-bildwissenschaftlichen) Zugang zu Protestbewegungen. Die Bildersammlung erfolgte durch die Beobachtung von Demonstrationen, anderen Protestevents und durch Internetrecherche auf überwachungskritischen Webseiten und Blogs.

Der erste, einleitende Abschnitt des Beitrages gibt einen kurzen Überblick über das politische Spektrum der im Protest vertretenen Gruppierungen und die Hintergründe ihrer Mobilisierung. Die folgenden Abschnitte analysieren die dort aufscheinenden Bruchlinien, Konflikte und Probleme. Abschnitt zwei widmet sich Bildern vom Staat, dem wichtigsten Akteur, gegen den sich Überwachungskritik richtet, und den damit verknüpften Diskursen innerhalb der Bewegung. Im dritten Abschnitt wird analysiert, welche Forderungen in den Protestbewegungen als legitim anerkannt werden und wessen Interessen von überwachungskritischem Protest vertreten werden. Der vierte Abschnitt widmet sich den (De-)Kontextualisierungen von Überwachung, die sich insbesondere in Form (visueller) Anspielungen auf die DDR und den Nationalsozialismus zeigen. Im fünften Teil geht es um Ästhetisierungen der Protest-Bildproduktion. Das vielfältige überwachungskritische Bildrepertoire soll die exemplarischen Betrachtungen leiten – wenngleich wir uns nicht auf dessen Analyse beschränken.

1. Eine neue Konfliktlinie?

Es war v.a. die mit modernen Medien assoziierte Form der Überwachung, die zum Ausgangspunkt des jüngsten Protestzyklus wurde. Gesundheitskarte, Internetsperren, Bundestrojaner und vor allem die Vorratsdatenspeicherung, die verdachts- und anlassunabhängige Speicherung vielfältiger Telekommunikations- und Internetnutzungsdaten, die im Jahr 2007 vom Bundestag beschlossen wurde, waren die Anlässe für eine Protestwelle, die sich unter anderem in regelmäßigen Großdemonstrationen unter dem Motto „Freiheit statt Angst“ äußerte.

Während der Proteste zeigte sich, dass tradierte politische Konfliktlinien und ihre institutionalisierten kollektiven Akteure wie Parteien und politische Gruppierungen die behandelten Themen nur unzureichend abbildeten. Dies wird an der Breite des Spektrums deutlich, welches sich unter einer großen Verallgemeinerung – der Gegnerschaft gegen ‚Überwachung‘ – versammelt. Es reichte von der FDP über die Grünen, Gewerkschaften, Die Linke bis hin zur autonomen Antifa. Daneben war eine Vielzahl von Personen, Vereinen und NGOs vertreten, darunter themenspezifisch ausgerichtete Gruppen, die ohnehin im Politikfeld Überwachung-Kontrolle-Repression-Bürgerinnenrechte aktiv sind, aber auch Lobbygruppen und Standesorganisationen wie die „Freie Ärzteschaft“.

So offensichtlich, wie es möglich war, sich unter einem – wenn auch eher formalen und abstrakten – Dach der Gegnerinnenschaft zu Überwachung zu

organisieren, so fragil war die Koalition. V.a. traten unterschiedliche politische Analysen zutage, die z.T. auf recht heterogene Interessenlagen zurückzuführen sind. Diese wiederum bestimmen Handlungsrepertoires, das Verhältnis zu Militanz oder zivilem Ungehorsam und nicht zuletzt die bildhafte Kontextualisierung der Überwachungskritik mit. Denn aus der abstrakten Einigkeit in der Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung und der allgemein zunehmenden Überwachung folgt kein gemeinsames Verständnis der verschiedenen Überwachungs- und Kontrollpraxen, ihrer Kontexte und Bedingungen.

Die wichtigste Konfliktlinie *innerhalb* des Protestes ist sicherlich eine Links-Rechts-Spaltung. Sie zeigt sich auf zwei Ebenen: der Protestkultur und der Analyse. Am ‚gemäßigten‘ oder liberalen Pol, vertreten durch etablierte Akteure wie die FDP, große Teile der Grünen und einige Lobby- und Bürgerinnenrechtsorganisationen, werden konventionelle und wenig konfrontative Protestformen bevorzugt. Zentraler Kritikpunkt ist das Anwachsen der Kompetenzen eines machthungrigen Staates, der mithilfe von Überwachungstechniken seine Bürgerinnen gängele und in ihrer individuellen Freiheit beschränke. Je mehr man sich aber über das linksliberale Spektrum dem ganz linken Pol des Protests nähert, umso grundlegender wird die formulierte Kritik (die mehr auf die Verknüpfung von Überwachung mit Strategien sozialer und politischer Ausgrenzung fokussiert) und umso konfrontativer werden die Protestformen. So stieß es beispielsweise bei linksradikalen Demonstrationsbesucherinnen auf Hohngelächter, wenn Demonstrationsleitungen (wie in Leipzig auf einer Mobilisierungsveranstaltung für die Berliner Proteste geschehen) sich alle Auflagen der Polizei wie selbstverständlich zu eigen machten oder (in Berlin vor Beginn der Demonstration im September 2008) eine Fraternisierung mit den anwesenden Polizistinnen artikulierten.

Bei den etablierten linken Akteurinnen ist die Thematik der Freiheitsrechte jedoch auch umstritten. Deutlich wird dies beispielsweise an den unterschiedlichen politischen Prioritäten innerhalb der Linkspartei, die das Protestanliegen grundsätzlich unterstützt. In Teilen derjenigen Parteiströmungen, die ihre politische Prägung in obrigkeitsstaatlichen Verhältnissen erfahren und unter denjenigen, die, in der Tradition der Arbeiterinnenbewegung, vorrangig an (materiellen) sozialpolitischen Fragestellungen und weniger an postmaterialistischen Werten interessiert sind, ist das Protestanliegen weniger stark verankert.

Eine gesonderte Institutionalisierung des gesellschaftlichen Konfliktes um Überwachung ist also gerade angesichts dieser Widersprüche innerhalb etablierter Akteure durchaus möglich und zeigt sich in stabiler werdenden Organisationsformen wie dem bundesweiten Netzwerk des Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung und insbesondere in der Gründung der Piratenpartei, die bei Wahlen in den Jahren 2009/2010 Achtungserfolge erzielen

konnte. Der dauerhaften Etablierung der Piraten steht jedoch die Problematik entgegen, dass sie sich schwer tun, andere Themenfelder als freies Internet und Datenschutz zu besetzen oder auch nur diesbezüglich zu inhaltlichen Positionierungen zu gelangen. Als stark von hochqualifizierten Computerspezialistinnen und Selbständigen geprägte Organisation repräsentiert sie bisher kein größeres Milieu und tendenziell nur einen (den liberalen) Pol der Überwachungskritik (Lochner 2010). Wie begrenzt tragfähig das Abstraktum ‚Überwachung‘ (vgl. Helle Panke 2010) im Einzelnen oft ist, sollen die folgenden Überlegungen verdeutlichen.

2. Schäuble vs. Grundgesetz: Vorstellungen von Staat und Recht

Die erwähnte zentrale Konfliktlinie innerhalb des Protestspektrums, die einen ‚radikalen‘/linken Pol von einem ‚gemäßigten‘/liberalen Pol unterscheidet (der sicherlich auch den größten Teil des Protestspektrums ausmacht), hat insbesondere das unterschiedliche Verhältnis zu Staat und Recht zum Inhalt. Die Fokussierung auf den Staat als Gegenstand der Kritik wie auch als Identifikationsobjekt und Objekt des eigenen Gestaltungswillens findet sich auch in den am meisten verbreiteten Bildern.

Als personifizierter Staat wurde vor allem der damalige Innenminister Wolfgang Schäuble zur negativen Ikone der Protestierenden. Er war als Hauptzielscheibe des Protests auf Plakaten vertreten (vgl. Abbildung 1 und 3), als Gesichtsmaske (die gleichzeitig die Trägerinnen symbolisch vor Überwachung schützen sollte), in Form seines vom Chaos Computer Club verbreiteten Fingerabdrucks und als Quell für Wortspiele und Witzeleien. So warnte ein Plakat, auf dem ein Rollstuhl abgebildet ist (Schäuble ist seit einem Attentat auf einen Rollstuhl angewiesen), dass das Grundgesetz „nicht unter die Räder“ kommen dürfe. Hier zeigt sich *auch* die gelegentlich im Fall Schäuble durch Überwachungskritikerinnen vertretene, aber sicherlich irreführende Psychologisierung der Thematik, die die persönliche Betroffenheit durch ein Attentat zur Ursache obrigkeitsstaatlicher Politiken stilisiert. Sichtbar wird die Staatszentrierung des Protests auch durch den ironisierenden Bezug auf bekannte Überwachungsstaatsinstitutionen wie in dem Slogan „Stasi 2.0“, einem der am weitesten verbreiteten Buzzwörter der Überwachungskritik. Auch die beiden Symbole, die unabhängig von den aktuellen Entwicklungen und Kampagnen zu den verbreitetsten Thematisierungsweisen von Überwachung gehören (vgl. Haggerty/Ericson 2000) – Orwells „1984“ („Big Brother“) und Foucaults bei Jeremy Bentham entliehenes Panopticon – verweisen in erster Linie auf den Staat als Adresse der Kritik.⁴

Umso überraschender ist es daher, dass die positiv besetzten Bilder und die eigenen Handlungsstrategien häufig ebenso auf den staatlichen Handlungsrahmen verweisen, welcher zumindest vom liberalen Teil der Bewegung als

4 Zur Frage der Zwangsläufigkeit *dieser* Fokussierung vgl. den Abschnitt „Hitler 2.0?“

implizite Grundvoraussetzung der Gestaltung von Gesellschaft essentialisiert wird. Prominentester dieser positiv aufgeladenen etatistischen Bezugspunkte ist sicherlich das Grundgesetz. Dessen 60. Geburtstag wurde von Aktivistinnen zum Anlass für Infostände und Aktionen genommen, auf Demonstrationen wurde es zu Grabe getragen, in Traueranzeigen wurde sein Tod bekannt gegeben, sein eigentlicher ‚Geist‘ wurde gegen die aktuelle illiberale Gesetzgebung in Stellung gebracht. Und so ist es nicht verwunderlich, dass erhebliche Protestenergie in direktdemokratische (Petitionen) und juristische Einflussnahme (Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht) gesteckt wurde und wird (Steven 2009: 84). Was diesem Protest, der sich damit als Demokratiebewegung im Zeitalter der Digitalisierung verstehen lässt, dagegen vorgeworfen wurde (Leipziger Kamera 2009: Kap. 2), ist eine naive Sicht auf staatliche Herrschaft, weil Demokratie und Überwachung so fälschlicherweise als etwas Gegensätzliches dargestellt würden (Steinke 2009) und weil so die aktuellen gouvernementalen (auf Selbstführung der Individuen setzenden) Techniken ihrer Aufrechterhaltung nicht in den Blick gerieten (Fisahn 2009). Insbesondere der Glaube an eine Umkehrung der kritisierten Tendenzen auf dem Klageweg wurde von linker Seite kritisiert. Wichtigstes Gegenargument des radikalen und damit auch staatsfernen Teils der Bewegung ist wohl das als paradoxe Verrechtlichung bekannte Phänomen (ebd.): Erfolge gegen nicht verfassungskonforme Gesetze vor Gericht führen nur zu oft dazu, dass die Administration sie erneut, nun juristisch wasserdicht, einbringen und durchsetzen kann. Deutlich wurde dies zuletzt, als das Bundesverfassungsgericht die Vorratsdatenspeicherung für unzulässig erklärte, zeitgleich aber betonte, dass eine Speicherung dieses Umfangs nicht grundsätzlich abzulehnen sei. Es fehle jedoch an einer dem „Verhältnismäßigkeitsgrundsatz entsprechenden Ausgestaltung“ der Rahmenbedingungen für Speicherung, Zugriff und Verwendung.⁵ Wie ein verfassungskonformes Gesetz gestaltet sein müsste, haben die Richter gleich vorgegeben. Überwachungsgesetze sind als Resultat eines parlamentarischen Gesetzgebungsprozesses also keineswegs undemokratisch und unterliegen zudem strenger juristischer Prüfung. Eine grundsätzliche Kritik, die nicht nur einen verlorengegangenen geglaubten Idealzustand („Demokratie“, „Geist des Grundgesetzes“) als formalen Maßstab hat (obwohl dieses Ideal auch in der Vergangenheit so wohl nie verwirklicht war⁶), müsste sich also mehr den inhaltlichen Fragen zuwenden und analysieren, welche sozialen Wandlungsprozesse und strukturellen Spannungen hinter der zunehmend autoritären Entwicklung der Sicherheits- und Kriminalpolitik stehen. Per-

5 <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg10-011.html> [26.3.2010].

6 Bei dieser idealistischen Einschätzung wird, wie an anderen Punkten, die Problematik der Geschichtslosigkeit eines Teils der neuen Akteure offensichtlich, die keinen Bezug zu Bewegungen haben, die mit autoritären Entwicklungen vergangener Jahrzehnte in der Bundesrepublik konfrontiert waren (beispielsweise DKP-Verbot, Berufsverbote, Notstandsgesetze, Deutscher Herbst, Volkszählung).

spektiven, die für eine solche Analyse angeboten werden, fragen insbesondere, wie die postfordistische Umstrukturierung der Lebensverhältnisse neue Armut und massenhafte Prekarität produziert. Ebenso wird – beeinflusst von der Gouvernamentalitätsforschung – angeführt, wie unter der diskursiven Hegemonie neoliberaler und kommunitaristischer Ideologiefragmente die noch Inkludierten immer mehr kontrolliert und präventiv aktiviert werden (Ullrich 2009), während die Drohung des Abstiegs in das Segment der neuen Armen über ihnen schwebt. Für diese Armen existiert längst kein Integrationsversprechen mehr; sie werden mithilfe immer neuer und umfassenderer Apparate in ihrem Elend nur mehr *verwaltet* (Rinn 2009). Neben dieser grundlegenden Betonung ökonomischer und damit zusammenhängender ideologischer Strukturen wird für ein besseres Verständnis von Staat und Recht nicht nur eine Analyse eingefordert, die mit einbezieht, welcher Widerspruch zwischen dem transportierten Demokratieideal und der konkreten aktuellen Form demokratischer Herrschaft besteht, sondern auch, welche Widersprüche zwischen Rechtsnormen und Rechtswirklichkeit gang und gäbe sind. Anders gefragt: stellte sich der Rechtsstaat jemals *realiter* so dar, wie er im Gemeinschaftskundeunterricht präsentiert wird? Die *de-facto*-Nichtgleichheit aller vor dem Gesetz wurde in jüngster Zeit v.a. in der massiven Repression gegen die G8-Proteste in Heiligendamm deutlich. Aber diese Nichtgleichheit schien – in ihrer realen Existenz wie in der mehrheitlichen Ignoranz, die ihr entgegengebracht wurde – auch im überwachungskritischen Protest selbst durch, als die Polizei auf der „Freiheit statt Angst“-Demonstration im September 2008 mit aller Härte gegen den ‚linksradikalen‘ Block vorging. Dabei kam es kaum zu Solidarisierungen von Seiten der Veranstalterinnen und bürgerrechtlichen Teile der Demonstration. Dies lässt sich nur zum Teil mit fehlenden Demonstrationserfahrungen und der relativen „Geschichtslosigkeit“ der neuen Akteurinnen erklären, die zu großen Teilen weder biographische noch institutionelle oder netzwerkförmige Verbindungen zu den überwachungskritischen Protesten der vergangenen Jahrzehnte haben.

Dieser Konflikt führt also auch zu der Frage, wessen Interessen durch die Proteste eigentlich repräsentiert werden sollen (also im Protestspektrum Anerkennung finden), wer in welchem Ausmaß von Überwachung, Kontrolle und auch Repression tatsächlich betroffen ist und erneut: wie tragfähig das Abstraktum ‚Überwachung‘ eigentlich ist, auch im Spektrum seiner Gegnerinnen.

3. „Diese Toilette wird zu ihrer Sicherheit videoüberwacht“.

Oder: wen repräsentiert die Überwachungskritik?

Die Frage der Repräsentation wie die Frage nach der Tragfähigkeit des Daches „Überwachungskritik“ stellt sich, da die mehrheitsfähige Einschätzung der Überwachungskritikerinnen zunächst die zu sein scheint, dass *alle* immer mehr überwacht werden und sich somit der Raum des Privaten immer

mehr reduziere. Diese Sichtweise manifestiert sich in einem Klassiker der bildhaften Überwachungskritik: dem auf Toiletten so manches alternativen Jugendzentrums und ähnlichen Orten anzutreffenden Aufklebers, der ironisierend warnt, dass diese Toilette aus Sicherheitsgründen videoüberwacht wird oder in der Horrorvision des in die Schlafzimmer spähenden Staates. Ist diese Sicht nicht auch überzeugend? Leben wir nicht in einer Gesellschaft, in der verschiedene Akteurinnen zunehmend Daten aller, auch intimster, Lebensbereiche erfassen, speichern und analysieren? Prototypisch für diese Tendenz steht die Vorratsdatenspeicherung, die unterschiedslos zunächst jede Telekommunikation erfasst. So erklärt sich das Schreckensbild eines sich entwickelnden totalitären, alles erfassenden Überwachungsstaates – eine Kategorie, die sich durch die gesamte Geschichte der Überwachungskritik zieht (und zwar in ihrer gesamten ideologischen Breite, vgl. Fisahn 2009) –, dem Privatsphäre entgegengehalten wird. Auch hier weiß die Bürgerrechtsbewegung stets das Bundesverfassungsgericht hinter sich, das in allen diesbezüglichen Urteilen stets einen „Kernbereich privater Lebensführung“ zu schützen sucht.

Geht nicht aber in den Toiletten- und Schlafzimmerbildern wie auch in der Bundesverfassungsgericht-Sicht die tatsächliche Selektivität und Ungleichheit realer Kontrollpraxen verloren? „Den“ Staat interessiert schließlich dieser Intimbereich alltäglicher menschlicher Lebensvollzüge nur peripher. Immer öfter wird die Überwindung dieser Grenzen auch ‚von unten‘ forciert, wenn Millionen in Angeboten von Big-Brother-Shows bis Facebook in einer neuen Aufmerksamkeitsökonomie um Wahrnehmbarkeit konkurrieren, die heute angesichts realer Vereinzelungstendenzen möglicherweise ein weit kostbareres Gut als Privatheit darstellt. Verfehlt hier nicht das aufklärerische Insistieren auf Privatsphäre, wenn es nicht in einen weiteren analytischen Kontext gestellt wird, den eigentlichen Zweck vieler staatlicher Überwachungsmaßnahmen? Zwar kann Überwachung durchaus voyeuristischen Charakters sein, wie es beispielsweise für die Alltagspraxis von Videokameraoperateurinnen gezeigt wurde (Norris/Armstrong 1999), und auch die Kontrollpraxen von Arbeitsagenturen bei ALG-II-Empfängerinnen nähren eine solche Sicht. Doch die staatliche Logik der Souveränität (vgl. Fisahn 2009) zielt vorrangig auf die Aufrechterhaltung von Ordnung ab. Sie interessiert sich strukturell für private Lebensführung also nur insofern, wie diese sich gegen den staatlichen Ordnungs- und Souveränitätsanspruch richtet. So wäre also neben der Universalisierung von Überwachungspraktiken auch ihre Selektivität zu analysieren, und man wird so auf Gruppen aufmerksam, die exzeptionellen Kontrollregimen unterliegen, ohne im Protest in dieser Weise repräsentiert zu sein. Zu diesen gehören insbesondere Arme und Arbeitslose (Wompel 2009; Nowak 2009) und diejenigen, die sich diesem Regime nicht unterwerfen wollen (Leipziger Kamera 2009: Kap. 4). Der in diesem Sinne dann doch recht enge Inklusionsanspruch des überwachungskritischen Mainstreams wird am deutlichsten in dem Grundkonsens

der Verteidigung von „Bürgerrechten“, der explizit geäußert wird, aber auch in den Grundgesetzbildern impliziert ist. Die mit suprastaatlichen Agenturen wie Frontex und nationalen Institutionen der Flüchtlingskontrolle konfrontierten Migrantinnen beispielsweise, die *per se* nicht über Bürgerinnenrechte verfügen, sind damit nicht angesprochen, obwohl sie in ihrer relativen Rechtlosigkeit dem strengsten Kontrollregime unterliegen.⁷

Dieserart marginalisierte Gruppen stehen im Zentrum der Aufmerksamkeit des (relativ kleinen) staats- wie kapitalismuskritischen Teils der Bewegung, der, wie eingangs erläutert, Überwachungspraxen häufig nur als ein Symptom (und nicht als *das* Problem) der abgelehnten gesellschaftlichen Verhältnisse wahrnimmt (bspw. als Machtverstärker) und dessen Bildsprache sich ebenso abhebt. Entsprechend der stärkeren Fokussierung auf die verschiedenen Funktionen von Überwachung thematisieren die Bilder in Form spezifisch kontextualisierender Symbole mehr die Bereiche Repressionen und Gewalt sowie die besondere Betroffenheit marginalisierter Gruppen. So finden sich in den Darstellungen weniger konkrete Personifizierungen der Überwacherinnen selbst, stattdessen aber häufig Insignien und Exzesse der grundsätzlich abgelehnten staatlichen Repressionsmacht, wie Szenen von Polizeigewalt oder die Bedrohung durch anonyme, uniformierte Personen. In diesem Zusammenhang stehen auch die Darstellungen von Zäunen und anderen, scheinbar undurchdringlichen Absperrungen, die symbolisch die Überwachung und Repression von Marginalisierten und politischem Protest thematisieren. Auch wenn hier die Videokamera als zentrales Symbol der Überwachungskritik genauso wenig fehlt, manifestiert sich in ihrer dargestellten (oder auch real praktizierten) Zerstörung durch Steinwürfe ein militantes Widerstandsbild gegen das in Gänze abgelehnte „System“. So ist die militante Intervention, beispielsweise dargestellt durch zerborstene Scheiben, einen in Flammen stehenden Hintergrund oder züngelnde Buchstaben, zentraler Bestandteil vieler Abbildungen. Diese Akteure stehen – anders als die ‚liberalen Nerds‘ – vor zwei Dilemmata. Die militanten Protestformen sind – selbst wenn sie reaktiv sind, beispielsweise aufgrund von Polizeigewalt – außerhalb ihres Spektrums gegenwärtig kaum anschlussfähig. Zudem wollen sie nicht selten stellvertretend subalterne Interessen vertreten, deren Träger zum Protest entweder weniger in der Lage sind – oder eine derartige Vertretung selbst gar nicht beanspruchen (vgl. Dege et al. 2010).

Es wird deutlich, dass Überwachung sich oft als flankierende Praxis von Marginalisierung darstellt, also umso härter und umfassender diejenigen trifft, die sich für das aktuelle Verwertungsregime als nicht nützlich erweisen. Überwachungskritik sollte sich davor hüten, die tangierten Interessen für sich zu instrumentalisieren. Gerade Frauen haben im Diskurs von Über-

7 Eine erfreuliche Entwicklung ist, dass im Aufruf zur „Freiheit statt Angst“-Demonstration im Herbst 2010 erstmals auch explizit die Beschneidung der Menschenrechte von Migrantinnen durch Überwachung kritisiert wurde.

wacherinnen und Überwachungskritikerinnen diesbezüglich eine ambivalente Rolle. Dass etwa das Konstrukt eines „subjektiven Schutzbedürfnisses“ von Frauen tradierte Geschlechterbilder reproduziert, Ängste individualisiert und stärkere Kontrolle legitimiert, anstatt dass es dazu beiträgt, soziale Ursachen von Gewalt zu thematisieren, darf nicht dazu führen, dass im überwachungskritischen Diskurs sexualisierte Gewalt als reales Problem ignoriert wird. Genau diese Gefahr droht aber, wenn beispielsweise mit dem Hinweis auf die Unwirksamkeit von Videoüberwachung in der Bekämpfung von Gewaltkriminalität die besondere Situation von Frauen (auch als Opfer von Gewalt) keiner weiteren Erörterung mehr bedarf (Dellmann 2009; vgl. auch Lochner 2010).

4. Hitler 2.0: (De-)Kontextualisierungen von Überwachung

Bilder sind im Protest allgegenwärtig und einige Motive spielen darin besonders prominente Rollen. Im Anschluss an die vorangegangenen Kapitel, in denen bereits nach inhaltlichen Gemeinsamkeiten und inneren Bruchlinien der heterogenen überwachungskritischen Protestbewegung und ihrer Bildproduktion gefragt wurde, soll im Folgenden gezeigt werden, welche divergenten Vorstellungen von Überwachung und ihren Ursachen in diesen Bildern zum Ausdruck gebracht werden.

Mit dem Hinweis auf ein Gutachten, das der Chaos Computer Club auf Wunsch des Bundesverfassungsgerichts zur geplanten Vorratsdatenspeicherung 2009 angefertigt hat, taucht auf einer Internetseite ein Bild auf, das collageartig die Themen ‚Vorratsdatenspeicherung‘ und ‚Überwachung am Arbeitsplatz‘ mit der typischen Überwachungsstaatssymbolik – hier dem überdimensionierten Kopf Schäubles – verbindet.

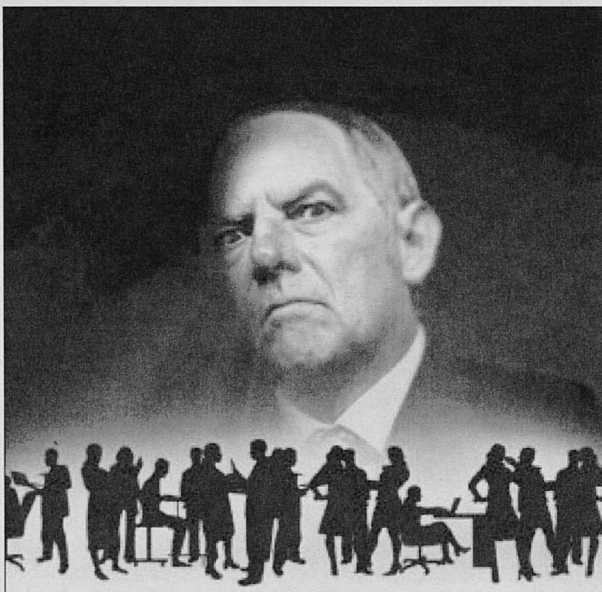


Abb.1: „Überwachung am Arbeitsplatz“, <http://news.magnus.de/internet/artikel/ccc-warnt-vor-vorratsdatenspeicherung-schutz-von-privatdaten-unzureichend.html>



Abb. 2: Filmplakat zu „Der Untergang“,

http://turkiyem.ucoz.de/cover2/Afis7/Der_Untergang.jpg (01.05.2010)

Das Bild referiert aber auf ikonografischer Ebene auf weit mehr als die explizit benannten Aspekte und ist damit typisch für eine überwachungskritische Bildsprache. Die Collage setzt sich aus zwei Ebenen zusammen, einem aus schwarzen, holzschnittartigen Figuren bestehenden Vorder- und dem dunkelblauen, vom Kopf Schäubles dominierten Hintergrund. Unabhängig von den explizit benannten Themen (Vorratsdatenspeicherung/Überwachung am Arbeitsplatz) und der personifiziert-symbolisierten Staatsmacht, referieren Bildaufbau und die ikonografisch aufgeladene Darstellung des Kopfes nicht nur auf die Big-Brother-Thematik als ein dystopisches Szenario, sondern darüber hinaus auch auf reale ‚totalitäre‘ Systeme. So ist der Gesichtsausdruck Schäubles dem Big-Brother-Gesicht aus der Verfilmung des Romans „1984“ nachempfunden. Die hellen leuchtenden Strahlen, die von den Augen des Innenministers ausgehen, stehen dabei für Totalität und Allmacht des überwachenden Blicks. Gleichzeitig markieren sie die Nähe zu einem Plakat, das den Hitler-Film „Der Untergang“ bewirbt (Abb. 2).

Auch hier ist das helle Glühen zu sehen, das den über kleinen, schwarzen Figuren im Vordergrund thronenden Oberkörper Hitlers umgibt. Ob als Aus-

sage über die Zustände heute oder als Heraufbeschwörung eines zukünftigen (Horror-)Szenarios – mit dem an das Filmplakat angelehnten Bild findet eine Dramatisierung statt, die im Sinne einer emanzipatorischen und selbstermächtigenden Auseinandersetzung mit Überwachung nicht widerspruchsfrei bleibt. Derartige Vergleiche bedeuten eine Dekontextualisierung und Verharmlosung historischer Erfahrungen im Nationalsozialismus, die Nichtanerkennung des Terrors, der umfassenden Kontrolle, des hemmungslosen Vorgehens gegen Dissidenten usw. Vollkommen unzweideutig wird diese Gleichsetzung auf einem Bild einer Internetseite aus dem Jahr 2008 (Abb. 3).



Abb. 3: „Die totale Überwachung“, <http://4topas.wordpress.com/2007/12/30/guten-rutschin-den-ueberwachungsstaat/> (15.04.2010)

Es verbindet ebenfalls collageartig NS-Symbolik mit dem Kopf Schäubles im Zentrum sowie den Schriftzügen: „Wollt ihr die totale Überwachung?“ und „Totale Überwachung ist sicherste Überwachung“. Gleichsetzungen dieser Art finden nicht nur mit dem Nationalsozialismus statt; noch populärer sind Vergleiche mit der DDR: Schäuble neben Erich Honecker oder das besagte „Stasi 2.0“.

Die auch hier deutliche Staatsfokussierung der Überwachungskritik zeigt sich überdies in der Omnipräsenz der Big-Brother-Symbolik. Diese Referenzen stehen für eine staatliche Überwachung, die als tendenziell allumfassend verstanden werden muss. Was zumindest auf Bildebene oft ausgespart wird (es gibt aber Ausnahmen, bspw. Bilder mit mehreren Big-Brother-Köpfen), ist die reale Vielzahl unterschiedlichster Institutionen der Überwachung, etwa die Datensammlungen privatwirtschaftlicher Unternehmen, die wohl als weniger bedrohlich aufgefasst werden oder sich bildlich schlechter dramatisieren lassen. Verlangt nicht die überwachungsinstitutionelle Diversität zumindest nach einer Ergänzung der Big-Brother-Bilder

durch die vielen unabhängigen aber miteinander vernetzten *little sisters*? Diese tauchen in vielfältigen Formen auf und haben unterschiedlichste Entstehungskontexte. Sie können daher nur in der Abstraktion als Überwachung gleichgesetzt werden, während sie *realiter* wohl recht verschiedenartige Funktionen erfüllen (vgl. Haggerty/Ericsson 2000). Da gibt es die Sicherung des ‚richtigen‘ Konsumverhaltens (für eine begrenzte, weil zahlungskräftige Zielgruppe) in Einkaufszentren durch Kameras und privates Sicherheitspersonal; die Kommunikationsüberwachung, Aufenthalts- und Zeitkontrolle am Arbeitsplatz für möglichst effektive Ausbeutung; die Überwachung und Gängelung politischer Dissidenz. Doch die mit dem Überwachungsbegriff erfassbaren allgegenwärtigen Praxen von Datenerhebung, Klassifizierung und gegebenenfalls auch Normierung weiten sich bis in den persönlichen Alltag aus, so als ‚Überwachung‘ der eigenen körperlichen und seelischen Gesundheit sowie Flexibilität als Voraussetzungen zum erfolgreichen Funktionieren auf dem Arbeitsmarkt. Diese Form der Selbstüberwachung funktioniert nicht mehr vorrangig aufgrund staatlicher oder unternehmerischer Disziplinierungsgewalt, sondern im Modus des „Regierens durch Freiheit“ (Rose 2006), also vermittelt durch ein Eigeninteresse an der Überwachung und Kontrolle. In ihrer moralisierenden Deutlichkeit behindern die rein staatskritischen Bilder eine kontextsensitive Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen, welche möglicherweise auch Gegentendenzen gegen das Immer-Mehr an Überwachung und Normierung hervorbringen können. Gerade die postfordistische Ökonomie, die jedes kreative Abweichen von überkommenen Normen und jedwede subkulturelle Symbolproduktion durchaus positiv zu inkorporieren und in die Warenform zu überführen weiß, steht für eine Logik (anders als die tendenziell kritikfeindliche, homogenisierende staatliche Souveränitätslogik), die Differenz fördert und produziert (Fisahn 2009). Diese Ökonomisierung des alltäglichen Lebens mit ihren auf Selbstführung und damit Selbstüberwachung setzenden Herrschaftstechniken (Bröckling/Krasmann/Lemke 2000) bedarf einer spezifischen kritischen Auseinandersetzung. Die Entwicklung von Überwachung hingegen als ‚allumfassend‘ und auf dem Weg zur totalen Überwachung darzustellen – wie verständlich sie aus der konkreten Betroffenheit des Augenblicks auch sein mag – klammert die Selektivität einzelner Maßnahmen und die Komplexität intervenierender Entwicklungen, wie die eben geschilderten, aus. Dabei ist weniger die bildliche Dramatisierung das Problem, denn diese speist sich nur zum Teil aus den Grundannahmen der Akteure, während der Protest vielleicht zugespitzte, (über-)deutliche, dramatische und oft unterkomplexe Darstellungsformen wählen muss, um in der medialen Aufmerksamkeitsökonomie bestehen zu können. Wenn diese strategisch gewählten Bilder aber zum Habitus werden, diese inhaltlichen Vereinfachungen zufriedenstellen oder als solche erst gar nicht bewusst werden, besteht die Gefahr, dass die eigene Erkenntnisfähigkeit auf dem Altar der politischen Erfolgsorientierung geopfert wird. Dies zeigt sich auch in einer selektiven Aneignung des wissenschaftlichen Überwachungsdiskurses durch Aktivistinnen,

die immens vom Foucault'schen Panoptismus geprägt und so gut mit dem Big-Brother-Bild in Einklang zu bringen ist, sich aber anderen theoretischen Zugängen gegenüber (wie beispielsweise Deleuze' Begriff der Kontrollgesellschaft und daran anknüpfenden Vorstellungen von rhizomatischen *surveillant assemblages*) kaum geöffnet hat (Haggerty/Ericsson 2000). Dies mag daran liegen, dass derartige Theorien eine klare Gegnerinnenbestimmung und damit eventuell Mobilisierungschancen erschweren (vgl. Gerhards 1992).

5. Inszenierungen, die wachrütteln: Ästhetisierung des Protests

Die Überwachungskritik, die man angesichts des emblematischen Kampfes gegen Videoüberwachung mit einigem Recht als Bewegung gegen eine übermäßige Bildproduktion verstehen kann, produziert selbst erstaunlich viele Bilder. Damit sind nicht nur die ‚traditionellen‘ politischen Kommunikationsformen (Plakate, Transparente, Sticker usw.) gemeint, sondern auch die Vielzahl künstlerischer Projekte, die mit ihrer eigenen *aesthetics of surveillance* (Schöny 2007) schon fast ein eigenes künstlerisches Genre bilden: die *artveillance* (Brighenti 2010). Inszenatorische Aktionsformen (Filme, Happenings, Kamerateater, Installationen, Adbusting, aktivistische Stadtrundgänge) können auf den verschiedensten Ebenen stattfinden und innerhalb eines Überwachungssystems auf unterschiedlichste Positionen abzielen, sei es auf die Kamera als wohl wichtigstes Symbol, auf die Öffentlichkeit, auf die Überwacherinnen selbst oder aber auf die Überwachten (Kammerer 2008: 327 ff.). Als Teil des Bildrepertoires sind sie neben legalistischen Anstrengungen von Datenschützerinnen und Bürgerrechtlerinnen, spontaneistischem Protest und den alltäglichen Taktiken des Sich-Entziehens als zentraler Teil der Überwachungskritik zu verstehen. Unter diese *Counter-Surveillance*-Strategien fallen nicht nur tatsächliche ‚Umkehrungen des Blicks‘, etwa durch das Abfangen und Umleiten von Bildsignalen der Überwachungskameras oder offene, tatsächliche Gegenüberwachung, die auf die Überwacherinnen gerichtet ist und bei diesen eine Art (selbst-)reflexive Betroffenheit produzieren soll, sondern auch die Manipulation und das Ausschalten von Kameras. Auf diese Weise wird deutlich gemacht, dass man sich der Überwacherinnen, die sich ja durch ihre scheinbare Unsichtbarkeit auszeichnen, durchaus bewusst ist und diese selbst im Blick hat. Diese künstlerischen Interventionen lassen sich als Form der Selbstermächtigung aus der spezifischen Machtlosigkeit der Subjekte in panoptischen Arrangements lesen. Im Akt der Ermächtigung werden die Grenzen der Rollenerwartungen im Panoptikum überschritten (ebd.: 324). Dieser Logik folgen Performances, die die Überwachten ansprechen, mit einbeziehen und so auf die Implikationen der Normalität von Überwachung aufmerksam machen wollen.

Wie effektiv solche Aktionen sind, bleibt fraglich. Produzieren die forcierten Irritationen das oft angestrebte Erschrecken über die Normalität und Allgegenwart von Überwachung? Können sie so den Kreis der Widerstän-

digen erweitern? Die große Präsenz von überwachungskritischer Kunst und inszenatorischem Aktivismus im politischen Raum, auf Kongressen und eben in Museen und Galerien steht für eine Tendenz der Ästhetisierung des Protests. Das bewusste und sichtbare Überschreiten der durch Überwachung kontrollierten Grenzen in Form von Inszenierungen, also das Aufgreifen von an Kunst orientierten Aktionsformen, *ermöglicht* eine Einordnung des Protests in den Deutungsrahmen ‚Kunst‘. Als solche bietet er deren Möglichkeiten, unterliegt aber auch ihren Beschränkungen (LIGNA 2009: 227f.; Raunig/Wuggenig 2007). Dieser Rahmen ermöglicht eine sinnliche Erfahrung und kann so überwachungskritischen Anliegen neue Zugangsmöglichkeiten erschließen und neue Unterstützerinnen gewinnen. Gleichzeitig muss der Rahmen ‚Kunst‘ aber auch als spezifischer Diskurs verstanden werden, der *per se* immer auch ein Abweichen vom Normalen akzeptiert oder gar fordert und als solcher außerhalb tatsächlicher Lebensrealitäten in einer zunehmend überwachten Gesellschaft steht. Somit tragen Performances gerade in dieser Spezifität als künstlerische Interventionen, die als Teil des Spektakels konsumiert werden können, ohne zur Veränderung zu drängen, vielleicht sogar zur Normalisierung der Allgegenwart von Überwachung bei (Kammerer 2008).⁸

6. Potenzial für Einheit in der Vielfalt? Ein Fazit

Zur Bewertung der dargestellten Tendenzen ist es angezeigt, noch einmal auf die anfangs eingeführten Unterscheidungen zwischen Intention/Strategie, expressiver oder Distinktionsfunktion und Rezeption von Bildern zurückzukommen. Es kann wohl unterstellt werden, dass eine kontinuierliche Reflexion dieser Elemente und ihrer Gegensätzlichkeit zumindest in Bezug auf die Bildproduktion innerhalb der Bewegungen kaum vorkommt, wenngleich diese einen Raum böte, die eigenen Bewegungsidentitäten kritisch zu hinterfragen. Tatsächlich könnte sie dazu beitragen, mehr Sinn für die Geschichtlichkeit der überwachungskritischen Protestbewegungen und die Hintergründe der vielfältigen Ambivalenzen ihrer Bilder und deren Rezeptionsweisen zu entwickeln.

Auffällig ist besonders die Staatsfixierung (in Kritik wie Affirmation) in den überwachungskritischen Bildern, die gewisse blinde Flecken gegenüber realer gesellschaftlicher Komplexität zumindest befördert. Hier zeigt sich

8 Zudem muss auch die Kritik als ambivalenter Teil der *surveillant assemblage* aufgefasst werden, weil sie Techniken und Denkweisen teilt und die Verwendung von Daten sich letztlich von den *desires*, die ihre Erhebung begründen, löst. Am deutlichsten tritt diese Ambivalenz beim Thema Videoüberwachung auf Demonstrationen zutage. Denn einerseits konnte ein spektakulärer Fall von Polizeigewalt gegen Überwachungskritikerinnen mittels eines Handyvideos, das über Youtube Verbreitung fand, dann erfolgreich auch massenmedial skandalisiert werden. Andererseits müssen sich Protestierende weiter im Klaren sein, dass eigene Aufnahmen auch polizeilich beschlagnahmt und gegen Protestierende verwendet werden können (dazu ausführlich Ullrich/Wollinger 2011).

eine schwer auflösbare ideologische und bewegungsstrategische Problematik, die sich aus dem Auseinanderklaffen der Ebenen ergibt. Setzt man in der Hoffnung auf Mobilisierungserfolge auf die dramatischsten, drastischsten oder die für besonders anschlussfähig und leicht verständlich gehaltenen Bilder? Oder sollten die Akteure auf möglichst genaue und schonungslose Analyse und deren – sofern das überhaupt realisierbar ist – möglichst exakte symbolische Repräsentation dringen? Gerade linken Akteuren innerhalb des Protests kann getrost unterstellt werden, dass ihre NS-Bezüge vor allem skandalisieren, moralisieren und zuspitzen sollen, nicht jedoch dazu bestimmt sind, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren. Dass sie diese Anschlüsse im Diskurs trotzdem bieten können, ist jedoch von ihnen nicht beeinflussbar. Diese Ambivalenzen in den Handlungs- und Bildrepertoires einseitig auflösen zu wollen, wäre aber der falsche Schluss. Der Prozess paradoxer Verrechtlichung beispielsweise ist kein Grund, ganz auf Klagen zu verzichten, denn dem steht das Öffentlichkeits- und Skandalisierungspotenzial solcher Verfahren sowie die normative Kraft positiven Rechts entgegen. Die Tatsache, dass die meisten kritisierten Überwachungsgesetze im Einklang mit den demokratischen grundgesetzlichen Verfahren beschlossen wurden, verbietet nicht die affirmative Bezugnahme auf das Grundgesetz, wenn gleichzeitig dessen enge Grenzen mitgedacht und kommuniziert werden. Denn die Freiheitsgarantien, die das Grundgesetz bietet, werden ja tatsächlich beschnitten oder zumindest restriktiver ausgelegt, was sich, um nur ein Beispiel zu nennen, an den Verschärfungen des Versammlungsrechts in einzelnen Bundesländern seit der Föderalismusreform im Jahre 2006 zeigt. Der Stasi-Vergleich ist ebenso überzeugend und anschlussfähig wie eben *auch* irreführend. Die „Harmlosigkeit“ von Kunst durch ihre spezifische gesellschaftliche Funktion, um zu einem letzten Beispiel dieser permanenten Spannung zu kommen, bedeutet nicht, dass künstlerische Interventionen keinerlei Irritationen auslösen können. So, wie es auch im Begreifen von ‚Überwachung‘ letztlich einer sehr genauen Analyse vielfältiger realer Praxen und ihrer Kontexte bedarf, bedarf es auch einer genauen Analyse der Protestformen und ihrer Hintergründe und Wirkmöglichkeiten.

Produktiv aufeinander bezogenes Neben- und Miteinander (in synchroner und diachroner Sicht) scheint angesichts der Vielfalt von ideologischen, strategischen und Handlungsorientierungen sowie bildhaften Ausdrucksformen angezeigt, um durch die Analyse von Schnittmengen gemeinsame Projekte bestimmen und zusammen durchsetzen zu können. In einem solchen reflexiven, akzeptierenden und beziehenden Miteinander läge dann auch eine reale Voraussetzung für komplexe Wirklichkeitsdeutungsprozesse von Protestbewegungen, die nicht der Blindheit rein instrumenteller Erfolgsorientierung und institutioneller oder ideologischer Abkapselung zu verfallen drohen. Den Beteiligten muss dabei jedoch klar sein, dass sie ein Querschnittsthema behandeln, das derzeit heterogene Problemstellungen und heterogene Interessen zusammenführt.

- Brighenti, Andrea Mubi (2009): Artveillance. At the Crossroads of Art and Surveillance, in: *Surveillance & Society* 2/7, 175–186.
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.) (2000): *Gouvernementalität der Gegenwart: Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt a.M.
- Dege, Martin et al. (Hg.) (2010): *Können Marginalisierte (wieder)sprechen? Zum politischen Potenzial der Sozialwissenschaften*, Gießen.
- Dellmann, Sarah (2009): Was ist heute noch sicher? Frauen im Sicherheitsdiskurs, in: *Leipziger Kamera* (Hg.): *Kontrollverluste. Interventionen gegen Überwachung*, Münster, 174–179.
- Drechsel, Benjamin (2005): *Politik im Bild. Wie politische Bilder entstehen und wie digitale Bildarchive arbeiten*, Interaktiva: Schriftenreihe des Zentrums für Medien und Interaktivität (ZMI), Gießen.
- Fahlenbrach, Kathrin (2002): *Protest-Inszenierungen. Visuelle Kommunikation und kollektive Identitäten in Protestbewegungen*, Wiesbaden.
- Fisahn, Andreas (2009): Überwachung und Repression. Logiken der Herrschaftssicherung, in: *Leipziger Kamera* (Hg.): *Kontrollverluste. Interventionen gegen Überwachung*, Münster, 40–54.
- Frey, Siegfried (1999): *Die Macht des Bildes. Der Einfluß der nonverbalen Kommunikation auf Kultur und Politik*, Bern.
- Gerhards, Jürgen (1992): Dimensionen und Strategien öffentlicher Diskurse, in: *Journal für Sozialforschung*, 32, 307–318.
- Haggerty, Kevin D./Ericson, Richard V. (2000): The Surveillant Assemblage, in: *British Journal of Sociology* 51, 605–622.
- Helle Panke e.V. (Hg.) (2010): *Jenseits von Überwachung, Philosophische Gespräche*, Bd. 20, Berlin.
- Heywood, Ian/Sandywell, Barry (Hg.) (1999): *Interpreting Visual Culture. Explorations in the Hermeneutics of the Visual*, London.
- HSK 13 (1999): *Hoch die Kampf dem. 20 Jahre Plakate autonomer Bewegungen*, Hamburg.
- HSK 13 (2001): *Vorwärts bis zum nieder mit. 30 Jahre Plakate unkontrollierter Bewegungen*, Berlin.
- Jäger, Siegfried (1999): *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*, Duisburg.
- Kammerer, Dietmar (2008): *Bilder der Überwachung*, Frankfurt a.M.
- Leipziger Kamera (Hg.) (2009): *Kontrollverluste. Interventionen gegen Überwachung*, Münster.
- LIGNA (2009): Passagen proletarischer Öffentlichkeit. Das Labor für unkontrollierbare Situationen, in: *Leipziger Kamera* (Hg.): *Kontrollverluste gegen Überwachung*, Münster, 224–229.
- Lochner, Andreas (2010): Piraten streiten über Ausrichtung, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 17.5.2010, 7.
- Mattoni, Alice und Nicole Doerr (2007): Images within the precarity movement in Italy, in: *Feminist Review* 87, 130–135.
- Münkler, Herfried (2009): Einleitung, in: Münkler, Herfried/Hacke Jens (Hg.), *Strategien der Visualisierung Verbildlichung als Mittel politischer Kommunikation*, Frankfurt a.M., 7–9.

- Norris, Clive/Armstrong, Gary (1999): *The Maximum Surveillance Society*, Oxford.
- Nowak, Peter (2009): Was Jobcenter mit Kontrolle und Überwachung zu tun haben, in: *Leipziger Kamera* (Hg.): *Kontrollverluste. Interventionen gegen Überwachung*, Münster, 146–150.
- Opp de Hipt, Manfred/Latniak, Erich (Hg.) (1991): *Sprache statt Politik? Politikwissenschaftliche Semantik- und Rhetorikforschung*, Opladen.
- Raunig, Gerald/Wuggenig, Ulf (Hg.) (2007): *Kritik der Kreativität*, Wien.
- Rinn, Moritz (2009): *Aktivieren und Strafen. Integrative und ausschließende Strategien gegenwärtiger Arbeitsmarkt- und Kriminalpolitik*, Oldenburg.
- Rose, Nikolas (1996): *Governing 'Advanced' Liberal Democracies*, in: Barry, Andrew/Osborne, Thomas/Rose, Nikolas (Hg.), *Foucault and Political Reason*, Chicago.
- Schönberger, Klaus/Sutter, Ove (Hg.) (2009): *Kommt herunter, reiht euch ein... Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen*, Berlin.
- Schöny, Roland (2008): *Within the Apparatus of Control. On the Enduring Fascination of Surveillance Aesthetics*, in: *springerin* 4, http://www.springerin.at/dyn/heft_text.php?textid=2127&lang=en [2010-11-26].
- Steinke, Ron (2009): Radikal wie Karlsruhe. Das Bundesverfassungsgericht und der Konformismus der deutschen Bürgerrechtsbewegung, in: *Leipziger Kamera* (Hg.): *Kontrollverluste. Interventionen gegen Überwachung*, Münster, 90–94.
- Steven, Elke (2009): Die Gerichte werden uns nicht befreien! Die Vorratsdatenspeicherung vor Gericht, in: *Leipziger Kamera* (Hg.): *Kontrollverluste. Interventionen gegen Überwachung*, Münster, 57–67.
- Ullrich, Peter (2008): *Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland*, Berlin.
- Ullrich, Peter (2009): Überwachung und Prävention. Oder: Das Ende der Kritik, in: *Leipziger Kamera* (Hg.), *Kontrollverluste. Interventionen gegen Überwachung*, Münster, 57–67.
- Ullrich, Peter (2010): Der Nahostkonflikt – Spielfeld für einen neuen Antisemitismus von links? Ein internationaler Diskursvergleich, in: Hawel, Marcus/Blanke, Moritz (Hg.): *Der Nahostkonflikt. Befindlichkeiten der deutschen Linken*, Berlin, 67–80.
- Ullrich, Peter; Wollinger, Gina 2011: Videoüberwachung von Versammlungen und Demonstrationen – Blick auf ein verwaistes Forschungsfeld, in: Zurawski, Nils (Hg.): *Überwachungspraxen – Praktiken der Überwachung. Analysen zum Verhältnis von Alltag, Technik und Kontrolle*, Opladen, 139–157.
- Wompel, Mag (2009): *Big Boss is Watching You*, in: *Leipziger Kamera* (Hg.): *Kontrollverluste. Interventionen gegen Überwachung*, Münster, 151–157.

Universität Leipzig, Selbständige Abteilung für Medizinische, Psychologie und Medizinische Soziologie, Philipp-Rosenthal-Str. 55, 04103 Leipzig,
E-Mail: ullrich@uni-leipzig.de